

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Vom 19. bis zum 21. Januar stehen wieder Hochschulwahlen an der Uni Göttingen an. Zu wählen sind das Studierendenparlament, Fachschaftsparlamente, Senat und Fakultätsräte sowie evtl. Fachgruppensprecher*innen. Außerdem habt ihr wieder die Möglichkeit, bei den Urabstimmungen über die drei Semestertickets für Bahn, Kultur und Bus abzustimmen.

Und weil Hochschulpolitik komplex und nicht immer ganz einfach zu überblicken ist, erklären wir euch auf Seite 7 welche Gremien gewählt werden und was sie tun.

Wir haben uns im letzten Jahr auch ohne „Regierungsverantwortung“ für eure Belange eingesetzt. Ebenfalls haben wir wieder Spenden für Geflüchtete gesammelt und uns klar gegen rechtes Gedankengut positioniert. Nun wollen wir wieder in den AstA um eure Interessen noch besser vertreten zu können.

Nachdem ADF und RCDS nun seit zwei Jahren im AstA sind, wollen wir den Stillstand beenden. Auf Seite 8 haben wir einige unserer Forderungen für die Wahlen formuliert. Ein detailliertes Wahlprogramm mit unseren Forderungen und Zielen für die kommende Legislaturperiode findet ihr auf unserer Homepage (www.linke-kraft.de) oder an unserem Wahlstand im ZHG. Kommt einfach vorbei, wir freuen uns auf euch! Und ganz wichtig: Geht wählen!

Eure Juso-Hochschulgruppe

Unser Studium - Frei, kritisch und selbstbestimmt!

Juso-Hochschulgruppen setzen sich mit Abschaffung der allgemeinen Anwesenheitspflichten durch!



Unsere Spitzenkandidatin Silke, Fabian (beide Juso-HSG Nds.) und Dr. Silke Lesemann (Fraktionssprecherin für Wissenschaft, SPD) im nds. Landtag

Am 14. Dezember 2015 hat die rot-grüne Landesregierung die Hochschulgesetzesnovelle im niedersächsischen Landtag beschlossen. Das "Gesetz zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen" sieht vielschichtige Änderungen vor. Als großen Erfolg sehen wir die landesweite Abschaffung der Anwesenheitspflicht. Eine zentrale Forderung der Juso-HSG ist damit umgesetzt: Ein freieres, selbstbestimmteres Studium ist in greifbare Nähe gerückt!

Wir kämpfen seit der Umsetzung des Bologna-Prozesses gegen die Verschulung des Studiums. Der Zwang zur Anwesenheit führt nicht zu besseren Lernbedingungen. Die Atmosphäre in

den Seminaren ist oft angespannt: Kaum jemand hat den Text gelesen, die Dozierenden blicken in angespannte Gesichter der Studierenden, die "Hoffentlich werde ich nicht angesprochen" denken und sich in ihre Schulzeit zurückversetzt fühlen. So sieht ein Studium, das auf Interesse und Freiwilligkeit fußt, unserer Meinung nach nicht aus. Es ist nicht die Aufgabe der Hochschule, den Menschen beim Erwachsenwerden zu helfen. Ein Studium beginnen vorwiegend Menschen, die volljährig sind und das Abitur erworben haben. Ein Universitätsstudium erfordert und fördert - auch nach Bologna - in ho-

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

hem Maße die Fähigkeiten zum selbstständigen Arbeiten und Denken sowie zur Selbstorganisation. Nur wenn diese Punkte inbegriffen sind, kann ein wissenschaftliches Studium tatsächlich einen abschließenden Beitrag zur Persönlichkeitsbildung leisten. Daher sollte es den Studierenden freigestellt sein, sie sollten die Wahl haben, ob sie in ihr Seminar gehen oder nicht. Auch im Sinne von Adorno sollten wir eine "Erziehung zur Mündigkeit" anstreben!

Wer heute noch glaubt, dass Lehre und Forschung rein über Anwesenheit funktioniert, der hat eine ganze Menge von dem verpasst, was an den Hochschulen los ist. Durch flexiblere Regelungen werden endlich mehr Freiräume für Studierende geschaffen. Wir wollen die akademische Freiheit wieder aufleben lassen, eine lebendige Lehr-Lern-Gemeinschaft wird durch die Abschaffung der Anwesenheitspflicht nicht erschüttert! Im Gegenteil: Solange die Dozierenden gute Lehre anbieten, kommen die Studierenden auch. Das hat auch die Erfahrung aus anderen Bundesländern gezeigt: Interessante, didaktisch ansprechende Seminare sind weiterhin gut besucht.

Das Konzept der Anwesenheitspflicht nützt nur ängstlichen Professor*innen, die jedes Jahr von den gleichen Power-Point-Folien ablesen und sich selbst dabei noch verzetteln. Diesen Stoff können sich die Studierenden zu Hause schneller oder in der Lerngruppe effizienter zu Gemüte führen. Die Anwesenheitspflicht ist nicht geeignet, um die Eigenverantwortung im Studium zu fördern und sie ist nicht vereinbar mit dem Recht der Studierfreiheit.

Aus unserer Sicht spricht noch mehr gegen die Kontrolle: Studierende mit Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung, Studierende, die nicht immer Zeit haben, weil sie ein Kind versorgen oder Angehörige pflegen oder arbeiten müssen, werden dadurch benachteiligt. Gerade für diese Personengruppen sollten nicht noch weitere Hürden ins Studium eingebaut werden. Wir müssen hier entlasten und unterstützen, um ein Studium für alle zu ermöglichen. Diese Verantwortung liegt auch bei der Hochschule.

Schon jetzt ist bekannt geworden, dass das Uni-Präsidium die neue gesetzliche Regelung zur Anwesenheitspflicht bewusst ignorieren und juristisch weit auslegen will. Wir werden

jedoch für die lückenlose Umsetzung dieser politischen Willensentscheidung der Landesregierung kämpfen. Die Anwesenheitspflicht ist ein Relikt aus Zeiten, als Bologna noch für eine ausnahmslos gute Idee gehalten wurde. Gute Idee ja, aber an der Umsetzung hackt es doch gewaltig. Das sehen mittlerweile nicht nur die Studierenden, sondern auch Professor*innen und Uni-Leitungen so. Wir werden es daher nicht hinnehmen, dass gesetzliche Bestimmungen willkürlich weit ausgelegt werden und das Uni-Präsidium immer wieder auffordern, dem Gesetz Folge zu leisten.

Wir fordern ein Recht darauf, Prioritäten zu setzen, unsere Zeit selbst einteilen, selber zu entscheiden, wann und wo wir bei wem lernen möchten. Ein Recht, nicht zu Professor*innen gehen zu müssen, die nur von ihren verstaubten Folien ablesen. Ein Recht, diese Zeit zu nutzen, um Seminare und Vorlesungen zu besuchen, die nicht im Studienverlaufsplan stehen, uns kritisch auseinanderzusetzen oder mal ein Buch zu lesen, das nicht zur Pflichtlektüre gehört. Dieses Recht wurde den Studierenden jetzt gesetzlich zugesprochen, nun heißt es für die Umsetzung zu kämpfen!

Vom 19. - 21. Januar **Juso-HSG** wählen!

Senat: **Liste 1**

Studierendenparlament: **Liste 2**



Silke Hansmann
GeFo / Geschichte
StuPa: Platz 1



Niklas Knepper
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 2



Merle Mangels
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 3



Carlo Diehl
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 4



Larissa Freudenberger
Jura / Politik
StuPa: Platz 5

Was ist ein gutes Studium?

Überlegungen der Juso-Hochschulgruppe Göttingen für gute Studienbedingungen

Was ist ein gutes Studium? Eine klare Antwort darauf gibt es nicht. Jede*r muss eine eigene Vorstellung von einem guten Studium finden. Doch klar ist: Dafür müssen die geeigneten Rahmenbedingungen vorhanden sein.

Ein gutes Studium bedeutet zunächst einmal ein Maß an Freiheit gegenüber der Schulzeit zu erlangen, dass eine eigenständige Auseinandersetzung mit Inhalten ermöglicht. Hier wurde durch die Bologna-Reform vieles eingeschränkt. Ein selbstbestimmtes Studium bedeutet für uns Wahlmöglichkeiten im Studium sowie Freiräume für die kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten. Dazu gehören natürlich zwei Seiten. Die Lehrenden müssen Freiräume anbieten, aber die Studierenden müssen auch selbst kritisch mit dem vermittelten Wissen umgehen und nicht nur alles abnicken was ihnen vorgesetzt wird.

Doch alle diese Ansprüche an ein Studium sind nur umsetzbar, wenn der Druck von den Studierenden genommen wird. Zum einen ist hier der ökonomische Druck, der Studierende zwingt, ihr Studium mit Nebenjobs und/oder Krediten zu finanzieren und in möglichst kurzer Zeit fertig zu werden. Auf der anderen Seite vermittelt „die Wirtschaft“ den Eindruck, dass nur ein Studium in Regelstudienzeit ein gutes Studium ist und die Regelstudienzeit vorgibt, wie lange man für sein Studium brauchen sollte. Dabei beschreibt die Regelstudienzeit in Wahrheit die Zeit in der die Universität

einen Abschluss ermöglichen muss und nicht die Zeit, die ein Studium dauern soll. Ein Studium ist eben nicht nur zur reinen Berufsqualifizierung gedacht, deswegen sollte man auch immer links und rechts des Lehrplanes schauen, damit man sich auch selbst bildet und nicht zur*zum „Fachidiot*in“ verkommt.

Eine weitere Bedingung für ein gutes Studium ist gute Lehre. Hierzu zählt zum einen die didaktische Ausbildung von Dozierenden, aber auch der Betreuungsschlüssel und die räumliche Ausstattung der Universität. Und wie fast immer dreht sich das Problem um Geld. Universitäten müssen eine solide Grundfinanzierung haben und nicht wie zurzeit auf die Vergabe von forschungsabhängigen Drittmitteln angewiesen sein. Drittmittel sind zusätzliche finanzielle Mittel, die die Universitäten meistens forschungsbezogen erhalten. Das heißt, dass Institutionen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), aber auch Unternehmen Gelder für besonders erfolgsversprechende Forschungsgebiete vergeben. Natürlich ist Forschung eine wichtige Säule der Universität, aber Forschung und Lehre sind für uns gleichberechtigte Teile der Universität. Deshalb fordern wir die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots von Bund und Ländern, damit gemeinsam eine solide ausfinanzierte Universität ermöglicht wird. Eine gute Finanzierung wird auch dringend benötigt, um die Prekarisierung von Arbeit an der Universität im Bereich der wissenschaftli-

chen Mitarbeiter*innen, die in den allermeisten Fällen befristeten Mitarbeiter*innen sind, sowie für Lehrende mit Lehrauftrag zu beenden. Denn die Überlastung der Dozierenden führt zwangsläufig zu schlechterer Lehre.

Was können wir jetzt schon tun, um das Studium zu verbessern?

Auch ohne eine neue, große Studienreform kann das Studium verbessert werden. An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät sind z.B. Anwesenheitspflichten abgeschafft und somit die Bevormundung von Studierenden seitens der Universität eingeschränkt. Weiterhin sind in einigen Fächern Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten innerhalb der Studienfächer positiv zu erwähnen. Dies gilt es für die gesamte Universität umzusetzen, damit das Studium nicht zu einer verlängerten Schulzeit verkommt.

An der Wirtschaftswissenschaftlichen und einigen anderen Fakultäten hat

Impressum

Auflage: 2000

Druck: wir-machen-druck.de

V. i. S. d. P.: Jakob Fitzer

Kontakt:

Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

kontakt@linke-kraft.de

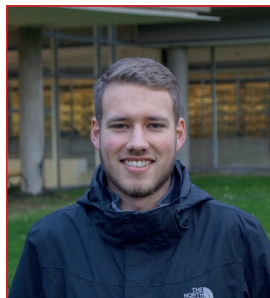
www.linke-kraft.de



Sören Buchholz
Medizin
StuPa: Platz 6



Janice Sattler
Sowi / Chinesisch
StuPa: Platz 7



Aljoscha Dalkner
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 8



Clara Gutjahr
Soziologie
StuPa: Platz 9



Niklas Schröder
WSG / Politik
StuPa: Platz 10

man durch Streichcredits und die Wiederholbarkeit von Prüfungen die Möglichkeit seine Noten zu verbessern, sollte man in der Prüfung einen Black-Out gehabt haben oder man durch den Nebenjob / familiäre Verpflichtungen einfach zu wenig Zeit zum Lernen gehabt haben. Solche Angebote müssen universitätsweit ausgebaut werden. Weiterhin kann durch die Erweiterung der Prüfungsarten auf individuelle Stärken von Studierenden eingegangen werden. Kann sich eine Person besser mündlich ausdrücken, bildet eine mündliche Prüfung statt einer Klausur die Leistungsfähigkeit besser ab. Eine Hausarbeit kann durch

verschiedene andere schriftliche Leistungen ersetzt werden, die einen äquivalenten Arbeitsaufwand haben.

Weiterhin sollen studentische Interessen in Lehrveranstaltungen respektiert und eingebunden werden. Lehrende und Lernende sollen auf einer Ebene agieren und möglichst hierarchiefrei miteinander arbeiten.

Interdisziplinarität soll in Studiengängen eingeplant werden, damit den Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, über den fachlichen Tellerrand zu blicken und ihren Horizont zu erweitern. So können naturwissen-

schaftliche Themen z.B. mit philosophischen Fragen verbunden werden. Fragestellungen der Politikwissenschaften können sowohl mit historischen Fragestellungen, aber auch wirtschaftswissenschaftlichen kombiniert werden. Hier können alle Fakultäten von anderen Fakultäten profitieren und so die Studieninhalte verbessern.

Alle diese Verbesserungsvorschläge wollen wir im AStA, mit Hilfe der Fakultäten, umsetzen, damit alle Studierenden trotz Bologna ein gutes, selbstbestimmtes Studium führen können.

Es brennt im Hinterland

Neonazis und „besorgte Bürger*innen“ sammeln sich im Göttinger Umland

Es brennt wieder in Deutschland. Jeden Monat, beinahe jede Woche. In der gesamten Bundesrepublik kommt es zu Übergriffen auf Geflüchtete und ihren Wohnraum und zu rassistischen Versammlungen. Bis November 2015 zählt die Statistik über 1600 Straftaten gegen Asylsuchende in der BRD – Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen.

Auch auf das Göttinger Umland ist dieser Funke längst übergesprungen. Unter dem Slogan „Ein Licht für Deutschland“ gehen Sonntag für Sonntag Rassist*innen in den umliegenden Ortschaften auf die Straße, um Kerzen gegen die angebliche Überfremdung ihrer Heimat zu entzünden. Was sich dort in Orten wie Duderstadt oder Heilbad Heiligenstadt versammelt, deckt die ganze Couleur des deutschen Wutbürger-

tums ab. Vom Otto-Normalrassisten, über Vertreter der „Neuen Rechten“ bis hin zu gewalttätigen Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum. Sie alle eint ihr xenophobes Weltbild und die notorische Angst vor dem Verlust von Heimat, Identität und den "deutschen Werten". Rechte Parteien wie AfD und NPD finden schnell Anschluss an diese Initiativen, stellen Redner*innen auf den Veranstaltungen und sind auch im Organisationskreis der Mahnwachen vertreten. Während die Veranstaltungen in Thüringen vor allem von dort ansässigen NPD-Kadern getragen werden, beweist das Beispiel aus Duderstadt eindrucksvoll, dass die Verbindungen auch bis nach Göttingen reichen. Anmelder dieser Veranstaltungen ist Lars S., seines Zeichens Vorsitzender der Jungen Alternative Hochschulgruppe Göttingen, Mitglied der Burschen-

schaft Hannovera Göttingen und Student an unserer Universität.

Wie wichtig es ist, sich gegen solche Aktivitäten zu stellen, verdeutlicht ein Beispiel aus Adelebsen. Hier hatte der bundesweit bekannte Neonazi Mario M. im Dezember 2015 in eine Gaststätte eingeladen, um ein Gründungstreffen für eine von ihm geplante "Bürgerinitiative" abzuhalten. M., der 2014 in den Bundesvorstand der neofaschistischen Partei "Die Rechte" gewählt wurde, wollte mit einer eigenen Liste unter dem Namen "Unser Flecken e.V." zu den Kommunalwahlen 2016 im Landkreis antreten. Als der Gastronom über den Zweck der Reservierung und den rechtsradikalen Hintergrund des Anmelders informiert wurde, entzog dieser M. den Tisch und hielt seine Gaststätte für den angesprochenen Tag geschlossen. Außerdem



Henrik Buschmann
VWL / Politik
StuPa: Platz 14



Henry Gerd Klemp
Medizin
StuPa: Platz 16



Lena Aperdannier
Medizin
StuPa: Platz 17



Nikolai Palmer
Physik / Mathe
StuPa: Platz 20



Luca Milan Schirmer
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 24

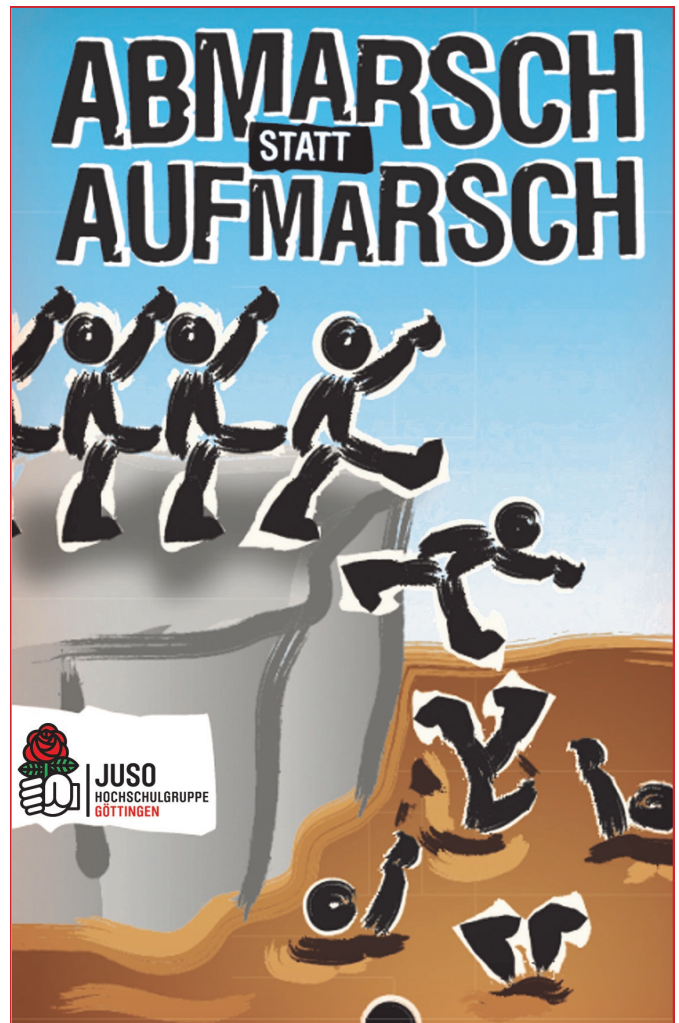
hatte das Göttinger Bündnis gegen Rechts eine Kundgebung für den Tag angemeldet, um einem Ausweichen auf einen anderen Veranstaltungsort vorzubeugen. Letztendlich musste M. das Treffen in seinem privaten Wohnhaus abhalten, zu welchem Neonazis aus der Region Göttingen, Kassel, Eichsfeld und Northeim erschienen.

Doch bei Protesten und Versammlungen bleibt es nicht. Eine Folge findet das rassistische Klima auch in Aktionen, die sich gegen Geflüchtete und deren Unterstützer*innen richten. In Adelebsen skandierten vier Männer rechtsradikale Parolen vor einer Flüchtlingsunterkunft. Im hessischen Witzenhausen, nur einen Steinwurf von Göttingen entfernt, griffen Rechte Geflüchtete und deren Betreuer auf dem dortigen Erntefest an und verletzten diese zum Teil schwer. Des Weiteren kam es im thüringischen Nachbarlandkreis Eichsfeld in einer Novembernacht zu einer Brandstiftung. Im kleinen Ort Bischhagen brannte der Dachstuhl eines leerstehenden Hauses komplett aus - in der darauffolgenden Woche hätten Geflüchtete in das Gebäude einziehen sollen. Dies sind nur einige traurige Beispiele aus der Region. Insgesamt gab es bis Mitte Dezember diesen Jahres 121 Brandanschläge auf teilweise bewohnte Unterkünfte von Geflüchteten in Deutschland.

Deshalb muss sich diesem brandgefährlichem Rassismus entschlossen entgegengestellt werden. Nur durch ein breit aufgestelltes gesellschaftliches Bündnis kann rechtem Gedankengut vor Ort entgegengewirkt werden. Gerade in Göttingen, wo dieses

antifaschistische Engagement in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass rechte Aktionen hier zu einer Ausnahme geworden sind, ist es wichtig, immer wieder klare Kante gegen Rechts zu zeigen. Das gilt nicht nur an der Universität, sondern auch in der Stadt und besonders im Umland, da gerade hier Neonazis und andere Rechte zunehmend in Erscheinung treten.

Deshalb sagen wir: Mischt Euch ein, beteiligt Euch an Gegenkundgebungen und zeigt klare Haltung gegen Hass und Rassismus. Kein Fußbreit den Faschist*innen, ob auf dem Campus oder dem Marktplatz!



Warum ihr Sternchen seht...

Als Juso-Hochschulgruppe haben wir den Anspruch, aktiv für Geschlechtergerechtigkeit und -diversität zu kämpfen. Deswegen ist es uns wichtig, dies auch sprachlich darzustellen. Denn Sprache ist nie wertfrei, sie determiniert Denken, produziert bestimmte Vorstellungen und Bilder, zudem spiegelt und verfestigt sie gesellschaftliche Muster. Sprache und Realität beeinflussen sich gegenseitig. Dies bestätigt sich auch durch verschiedene Studien, in denen sich zum Beispiel Mädchen technische Berufe eher zutrauen, wenn die Berufsbezeichnungen geschlechtsneutral formuliert sind oder in denen deutlich wird, dass "mitgemeinte" Gruppen eben meistens nicht als mitgemeint wahrgenommen werden.

Dabei soll der * ausdrücken, dass es zwischen Männern und Frauen ein ganzes Spektrum an Geschlechtern gibt, zu denen sich verschiedene Menschen zuordnen. Im Gegensatz zu einer "Teilnehmer/innen"-Formulierung werden Transsexuelle, transgener und intersexuelle Personen so nicht mehr unsichtbar gemacht und diskriminiert.



Hauke Cordts
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 26



Viola Habermacher
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 29



Tobias v. Gostomski
Jura
StuPa: Platz 34



Xiaohao Zhang
Philosophie / VWL
StuPa: Platz 36



Nils Quentel
Dt. Philologie / Politik
StuPa: Platz 38

Danke für eure Spenden!

Im Wintersemester haben wir erneut Spenden für Geflüchtete im Landkreis Göttingen gesammelt. Vom 27.10. - 29.10. und vom 9.11. - 12.11. waren wir daher mit einem Stand im ZHG vertreten und haben eure Spenden entgegengenommen. Besonders benötigt wurden Hygieneartikel, warme Kleidung und Schuhe. Insgesamt konnten wir mehrere Umzugskartons mit Kleidung und viele Tüten mit Hygieneartikeln in diesen zwei Wochen sammeln.

Neben diesen Sachspenden habt Ihr uns noch über 125 Euro gespendet, von denen wir weitere Hygieneartikel kaufen konnten. Die Spenden gingen an die Unterkünfte in Adelebsen, auf den Zietenterassen und an das besetzte Haus in der Obere-Masch-Straße 10.

Vielen Dank an alle, die gespendet haben!



#CampusRassismus

Speak out, share your campus realities & reclaim your voice!

Vom 12. - 18. Dezember 2015 haben die People of Color Hochschulgruppe Mainz & People of Color Hochschulgruppe Frankfurt a.M. unter dem Hashtag #CampusRassismus zu einer Online-Aktion aufgerufen. Studierende sind aufgerufen, rassistische Erfahrungen, die sie am Campus gemacht haben, unter diesem Hashtag bei Twitter sichtbar zu machen.

Unter #CampusRassismus können die Nutzer*innen gemeinsam die Lebensrealitäten von Student*innen of Color in Deutschland sichtbar machen. Denn für rassistische Verhaltensweisen in unserer Gesellschaft, aber eben auch im universitären Kontext, fehlt bislang die notwendige Sensibilisierung. Was ist überhaupt Rassismus? Was kann als rassistisch wahrgenommen werden? Und wie fühlen sich Betroffene dabei?

Wenn die Thematik totgeschwiegen wird, wird es nicht zu einer Verbesse-

rung der Situation kommen. Privilegien zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Inhaber*innen für die Abwesenheit eben jener Privilegien blind machen. Das, was sich außerhalb der eigenen Lebensrealität befindet, wird selten wahrgenommen oder reflektiert. Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und macht daher auch keinen Halt vor der Hochschule, die oft als Ort der objektiven Wissenschaft, der intellektuellen und sachlichen Diskussionen wahrgenommen und dargestellt wird.

Das Sichtbarmachen der Vorfälle führt auch zu gegenseitiger Solidarität und Verständnis. Das Empfundene erscheint plötzlich nicht mehr als "subjektive Empfindlichkeit" oder "Missverständnis", sondern als einander gleichende Muster rassistischer Strukturen und Verhaltensweisen. Problemstellung, die thematisiert werden müssen, sind "weiße" Curricula,

strukturelle Unterrepräsentation von People of Color an Hochschulen und rassistische Aussagen und Dynamiken in Seminaren.

Es ist unser politischer Wunsch, dass wir gemeinsam Rassismus in unserer Gesellschaft und an unserer Hochschule entgegentreten. In diesem Zusammenhang muss es auch zu praktischen Veränderungen an rassistischen Hochschulstrukturen kommen. Außerdem fordern wir eine eigene, uniweite Beratungsstelle, die speziell für Betroffene von rassistischen Äußerungen oder Übergriffen zur Verfügung steht.

 **Juso-HSG Göttingen**

 **@JusoHSG_goe**

 **www.linke-kraft.de**



Pauline Voigt
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 43



Korbinian Holder
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 48



Marcus Biewener
Volkswirtschaftslehre
StuPa: Platz 50



Charlotte Wegener
Psychologie
StuPa: Platz 51



Theresa Abend
Jura
StuPa: Platz 57

Schon durchgeblickt?

Welche Gremien stehen zur Wahl? Und was sind ihre Aufgaben?

■ Das Studierendenparlament

Das Studierendenparlament (**StuPa**), ist das oberste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft. Das StuPa bestimmt über die Verwendung seines Haushalts (das ist ein Teil des Semesterbeitrags aller Studierenden) – insgesamt ca. 2,5 Mio. Euro. Mit dem Geld werden u.a. das Semesterticket, die Sozialberatung, Info- und Kulturveranstaltungen finanziert. Das StuPa verabschiedet aber auch Resolutionen, initiiert Urabstimmungen und nimmt Einfluss auf Entscheidungen anderer Uni-Gremien. Auf seiner konstituierenden Sitzung wählt das StuPa den Allgemeinen Studierenden-ausschuss (**AStA**).

■ Der AStA – Die studentische „Regierung“

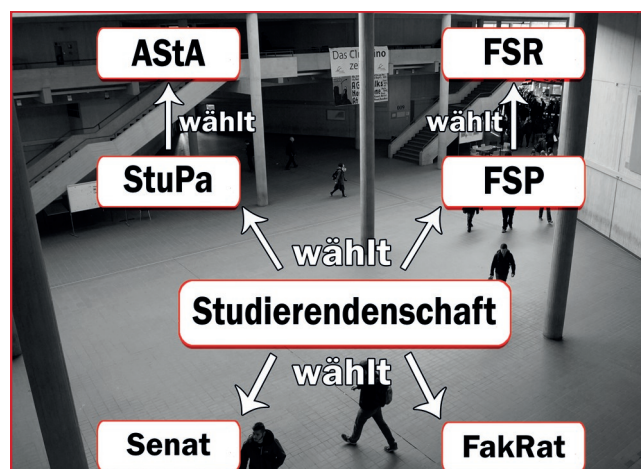
Der AStA ist praktisch die Regierung der Studierendenschaft. Seine Aufgaben bestehen einerseits in der Interessenvertretung der Studierenden gegenüber der Universität, den politischen Entscheidungsträger*innen und der Öffentlichkeit. Dazu gehört auch die landes- und bundesweite Vernetzung mit anderen ASten. Andererseits sollte der AStA soziale und kulturelle Belange fördern und unterstützen, z.B. durch politische Diskussionsveranstaltungen, Konzerte sowie Beratungszeiten. Um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, gliedert sich der AStA in mehrere Referate (zurzeit: Vorsitz; Soziales; Finanzen; Hochschule; Außen), die aber durch

weiter Referate zu Beginn der Legislatur ergänzt werden können.

■ Die Fakultätsebene

Dieses Prinzip von Parlament und Regierung findet sich ebenfalls auf Ebene der Fakultäten wieder. Dort stehen die Fachschaftsparlamente (**FSP**) zur Wahl, aus denen jeweils ein Fachschaftsrat (**FSR**) hervorgeht. Diese artikulieren die Interessen der Studierenden einer Fakultät gegenüber den Dozierenden, der

(also die Mehrheit) sowie jeweils zwei Vertreter*innen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau, dem technischen und Verwaltungsdienst und der Studierendenschaft. Für die Studierenden stehen nur die studentischen Vertreter*innen zur Wahl. Auf Ebene der Fakultäten heißen die Kollegialorgane Fakultätsrat (**FakRat**) und entscheiden über grundsätzliche Fragen der Forschung und Lehre. Konkret bestimmen sie über Berufungen und andere Personalfragen, die Zulassungs-, Prüfungs- und Studienordnungen, Einrichtung und Schließung von Studiengängen sowie die Verwaltung ihrer Finanzmittel. Die Fakultätsräte beschließen auch die Entwicklungspläne der Fakultäten und wählen eine Dekanin oder einen Dekan als Vorsitzende*n.



■ Der ehrwürdige Senat

Das Kollegialorgan auf zentraler Ebene ist der **Senat**. Er beschließt Ordnungen der Universität, die Entwicklungsplanung und den Frauenförderplan, allerdings im Einvernehmen mit dem Präsidium. Die Mitglieder des Präsidiums werden vom Senat vorgeschlagen und kontrolliert. Auch wenn die Studierenden in den Organen der akademischen Selbstverwaltung in der Unterzahl sind, können sie aus ihrer Oppositionsrolle heraus die Entscheidungen von Senat und Fakultätsräten kritisch begleiten, Alternativen aufzeigen und sich in Prozesse einbringen.

Dekanin/dem Dekan und der Uni-Leitung. An einigen Fakultäten, die verschiedene Studiengänge anbieten, gibt es noch weitere Untergliederungen – die Fachgruppen und ihre Sprecher*innen.

■ Was sind Kollegialorgane?

Die ebenfalls zu wählenden Kollegialorgane der Uni bestehen aus 13 Mitgliedern und setzen sich aus verschiedenen Statusgruppen zusammen: sieben Professorinnen und Professoren



Rebekka Füllekrug
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 63



Jaromir Simon
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 76



Felix Keller
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 77



Till Jürgens
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 78



Maximilian Rode
Politik / Geschichte
StuPa: Platz 84

Auf den Punkt gebracht: Unser Wahlprogramm in Kurzform

Wofür wir stehen!

Als Juso-Hochschulgruppe Göttingen haben wir es uns auch in diesem Jahr zur Aufgabe gesetzt, aktive linke, progressive und emanzipatorische Politik für Euch an der Universität zu betreiben. Das bedeutet, dass wir unseren Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie treu bleiben.

Diesen Ansprüchen können wir aber nur gerecht werden, wenn wir über die Arbeit des aktuell regierenden AStAs hinausgehen. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass alle Studierenden bestmöglich gegenüber dem Studierendenwerk, der Stadt Göttingen, dem Land Niedersachsen und auf Bundesebene vertreten sind und so ein Gehör bei Themen wie besserer studentischer Wohnraumpolitik oder einer ausreichenden Studienfinanzierung erhalten.

Hochschulpolitik bedeutet für uns aber auch immer Gesellschaftspolitik. Deshalb sehen wir die Aufgabe eines AStAs auch darin, sich zu allgemeinpolitischen Themen zu äußern. Unter diesem allgemeinpolitischen Mandat verstehen wir etwa eine Positionierung zu aktuellen Themen wie Asylpolitik oder der Gewalt gegen Geflüchtete.

Wir wollen und können beides: Politik und Service.

Für eine starke Studierenden-Vertretung

Um unsere ambitionierten Ziele durchzusetzen, braucht es mehr als die fünf Pflichtreferate, die der aktuelle AStA besetzt hat. So wollen wir weitere Referate, etwa für politische Bildung und Kultur, Diversität, Transpa-

renz und für die Einbindung von Refugees einrichten. Das bestehende Service-Angebot des AStAs gilt es auszubauen, während gleichzeitig die politische Arbeit der Studierendenvertretung endlich wieder aufgenommen werden muss.

Dabei ist uns Transparenz bei unserer Arbeit ein besonderes Anliegen. Wir wollen keine Jobbörse für Mitglieder hochschulpolitischer Gruppen sein, sondern eine gute Studierendenvertretung mit engagierten Menschen bieten. Deshalb wollen wir z.B. einen öffentlichen Koalitionsvertrag, damit wir uns an unseren gesteckten Zielen messen lassen können.

Unsere Forderungen:

■ Soziale Gerechtigkeit

- Abschaffung der Anwesenheitspflichten durchsetzen
- BAföG erhöhen und ausweiten
- Verbessertes Studium mit Kind
- Vereinbarkeit von Studium und Nebenjob / Pflegearbeit verbessern
- Faire Mieten und mehr sozialer Wohnungsbau
- Kleine Wohnheime erhalten
- Wohnprojekte fördern
- Hürden für den Hochschulzugang abbauen
- Anerkennung nicht-akademischer Abschlüsse
- Langzeitstudiengebühren abschaffen

■ Gute Studienbedingungen

- Keine Ökonomisierung des Studiums, Freiheit der Bildung gewährleisten
- Bessere Lehre durch didaktische Fortbildungen

- Solide Grundfinanzierung durch Bund und Länder garantieren
- Drittmittelabhängigkeit beenden
- Mehr Wahlmöglichkeiten im Studienverlauf
- Streichcredits und Wiederholbarkeit von Prüfungen universitätsweit anbieten
- Verschiedene Prüfungsleistungen in einem Modul anbieten
- Prüfungsvorleistungen abschaffen
- Interdisziplinarität im Studium fördern
- Prüfungsphasen entzerren
- Ausreichend Lernplätze in den Prüfungsphasen gewährleisten
- An- und Abmeldefristen bei FlexNow auf 24 Stunden heruntersetzen

■ Gleichstellung und Diversität

- Gleichstellung an der gesamten Uni vorantreiben
- Sensibilisierung und Anerkennung der Vielfalt an Geschlechtern abseits der Kategorien Männlich und Weiblich
- Studierende mit Beeinträchtigung stärken

■ Kultur und Kulturticket

- Kulturangebot an der Universität ausbauen
- Stilbrvch ausgründen - Unterstützung des Kulturkollektivs

■ Digitalisierung der Bildung

- WLAN am Campus ausbauen und verbessern
- eCampus als App für mobile Geräte bereitstellen
- Mehr Steckdosen an Arbeitsplätzen

Ein vollständiges Wahlprogramm findest du unter linke-kraft.de. Bei Fragen komm gerne zu unserem Stand im ZHG. Wir freuen uns auf dich!

Infos zum Kulturticket

Jedes Jahr stimmen alle Studierenden über die Einrichtung eines Kulturtickets ab, welches wir sehr begrüßen. Denn es ermöglicht für nicht einmal 10€ im gesamten Semester den freien Eintritt ins Theater, viele Kulturveranstaltungen und -einrichtungen. Eingerichtet wurde das Kulturticket bereits vor einigen Jahren, von einem Rot-Grünen AStA, auf Betreiben der Juso-HSG.

Der jetzige AStA hat das Kulturticket unserer Ansicht nach verschlechtert. So wird es im nächsten Jahr keinen kostenlosen Eintritt mehr in alle Theater mehr gegeben, obwohl die Göttinger Theater die meistbesuchten Veranstaltungsorte des Kulturtickets sind. Dies hätte leicht vermieden werden können, wenn der AStA nicht darauf bestanden hätte, dem jungen Theater 10 Cent pro Studierenden weniger zu bezahlen als im letzten Jahr. Jetzt muss dort bei jedem Theaterbesuch 1€ Eintritt bezahlt werden, weil das junge Theater das Angebot sonst nicht stemmen kann. Das heißt, die Studierenden, die gerne ins Theater gehen, werden gegenüber denjenigen, die zum Beispiel zum Sport gehen möchten (der immer noch kostenfrei ist), abgestraft - nur wegen 10 Cent pro Semester (!). Dies entspricht nicht unserer Vorstellung eines Solidartickets, in dem alle ein wenig dafür bezahlen, was alle nutzen können.

Trotzdem empfehlen wir euch, bei der Urabstimmung für das Kulturticket zu stimmen, da es nach wie vor eine großartige Möglichkeit für Studierende ist, für sehr wenig Geld vom kulturellen Angebot Göttingens profitieren zu können.